

(Quelle: http://www.dradio.de/df/sendungen/interview_dlf/629614/)

SPD-Familienpolitikerin: Kindergeld finanziert Studium

Nicolette Kressl gegen Altersgrenze 18 Jahre

Moderation: Jochen Spengler

Die SPD-Familienpolitikerin Nicolette Kressl ist gegen eine Begrenzung der Kindergeldzahlungen bis zum 18. Lebensjahr. Familienpolitisch wie bildungspolitisch sei dieser Vorschlag aus der CDU ein Irrläufer, sagte Kressl, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. Als ein Argument gegen die Altersgrenze führte sie an, dass in vielen Familien das Kindergeld zur Finanzierung eines Studiums beitrage.

Jochen Spengler: Für Furore sorgte heute Morgen die Meldung der "Bild"-Zeitung, die CDU plane, das Kindergeld nur noch bis zum 18. Lebensjahr zu zahlen. Dafür sollten im Gegenzug die Leistungen bis zum 7. Lebensjahr verdoppelt werden. Alles aber gelte ohnehin nur für künftige Neugeborene. Diesen Vorschlag hat der CDU-Haushaltsexperte Ole Schröder gemacht. ([MP3-Audio](#), Bericht von Andreas Baum)

Ich begrüße am Telefon nun Nicolette Kressl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag und Familienpolitikerin. Guten Tag, Frau Kressl!

Nicolette Kressl: Ich grüße Sie!

Spengler: Die Unionsvorschläge der letzten Monate, Kita-Ausbau, dann die von bösen Zungen Herdprämie genannte Belohnung für Familien, die ihre Kleinkinder nicht in die Kita geben, sondern zu Hause betreuen, dann die Betreuungsgutscheine für alle, ob nun Kita-Nutzer oder nicht, und jetzt die Begrenzung des Kindergeldes auf 18. Sie können sich nicht darüber beklagen, dass ihrem Koalitionspartner nichts mehr einfiel in der Familienpolitik, oder?

Kressl: Das ist richtig, aber ich habe den Eindruck, dass die CDU und CSU diesen modernen familienpolitischen Kurs der Familienministerin nicht wirklich gut vertragen und so alle zwei Tage neue Ideen produzieren müssen.

Spengler: Also das, was der Herr Schröder da vorgeschlagen hat, worüber wir gerade berichtet haben, ist offenbar eine Einzelmeinung von einem Haushaltspolitiker. Aber hat der Vorschlag nicht doch auch Charme aus Sicht einer Familienpolitikerin?

Kressl: Den Vorschlag, das Kindergeld ab 18 zu streichen, halte ich familienpolitisch und vor allem aber auch bildungspolitisch wirklich für einen Irrläufer, und der muss so schnell wie möglich wieder eingesammelt werden.

Spengler: Warum?

Kressl: Man darf nicht vergessen, dass bereits in CDU-regierten Ländern Studiengebühren eine Hemmschwelle sind für junge Leute, ein Studium aufzunehmen. Wenn das Kindergeld

gestrichen würde, käme das zusätzlich noch dazu, und wir sind in Deutschland ja auf hoch qualifizierte junge Menschen angewiesen.

Spengler: Aber wenn, wie die Forscher sagen, die frühkindliche Bildung wichtiger als alles andere ist, wäre es dann nicht richtig, den Eltern gerade in dieser Zeit Geld zur Verfügung zu stellen, dann wenn sie es am dringendsten brauchen?

Kressl: Wir stellen den Eltern in dieser Zeit Geld zur Verfügung, im Übrigen niedrigverdienenden Eltern mit dem Kinderzuschlag noch zusätzlich Geld. Aber es kann nicht sein, dass wir die Qualifikationschancen junger Menschen so sehr vom Geldbeutel ihrer Eltern abhängig machen, dass wir das Kindergeld in dem Alter streichen. Es darf niemand vergessen, dass das Kindergeld sehr häufig eine der Möglichkeiten ist, ein Studium tatsächlich zu finanzieren. Wenn Herr Schröder jetzt auf Studienkredite verweist, dann halte ich das fast für zynisch, weil: Wir können nicht wollen, dass junge Menschen ihre Berufskarriere mit einem Berg an Schulden beginnen.

Spengler: Es gibt auch noch BAFöG!

Kressl: Es gibt zusätzlich noch BAFöG, aber sehr häufig ist es so, dass das zusammen mit dem Kindergeld dann ein Studium ermöglicht, aber alleine sehr häufig nicht ausreicht.

Spengler: Würden Sie denn sagen, dass für die jungen Familien mit jungen Kindern dann, wo ich eben sagte, dass da die frühkindliche Bildung ja am entscheidendsten ist, dass dort genug getan wird vom Staat?

Kressl: Die SPD hat ja ausdrücklich darauf verwiesen, dass wir die frühe Förderung von Kindern verbessern müssen. Wir sind aber der Überzeugung, dass der beste Weg nicht ist, weiter Geld in die Familien zu geben für diesen Zweck, sondern tatsächlich ein gutes Angebot an Betreuungsstruktur auf den Weg zu bringen, sowohl was die Quantität angeht, vor allem aber auch, was die Qualität angeht. Wir sind der Überzeugung, dass den Kindern und ihren Eltern auf diesem Weg am besten geholfen ist. Nicht umsonst haben wir ja für den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz gekämpft.

Spengler: Aber es gibt aus Ihren Reihen auch immer mal wieder Stimmen, die mit dem Kindergeld, so wie es heute ist, nicht einverstanden sind.

Kressl: Da gibt es die Debatte darüber, müssen alle Kindergeld tatsächlich bekommen? Da geht es aber um sehr hochverdienende Familien. Da wird aber vergessen, dass wir ja eine Verfassungslage haben, die den Kinderfreibetrag allen Familien sichert und das Kindergeld vor allem bei niedrigverdienenden und mittelverdienenden Familien ankommt. Insofern halte ich es für absolut richtig, das Kindergeld, so wie es bisher ist, auch beizubehalten.

Spengler: Das heißt, es ist also auch eine Absage an Forderungen aus Ihren eigenen Reihen, das Kindergeld für Besserverdienende zu streichen? Das machen Sie nicht mit?

Kressl: Das Kindergeld für Besserverdienende zu streichen, würde finanziell überhaupt nichts bringen, weil wir von der Verfassungslage her gezwungen sind, sehr hochverdienenden Familien einen Kinderfreibetrag zu geben. Die hätten dann diesen mit einer höheren Entlastung. Das ist steuerpolitisch einfach nicht ganz fertig gedacht.

Spengler: Frau Kressl, letzte Frage. Was halten Sie denn von dem Vorschlag von Herrn

Kauder, der ja sozusagen seinem Parteifreund gekontert hat mit dem Vorschlag, man solle Betreuungsgutscheine ausgeben?

Kressl: Die Diskussion, ob wir die Förderung von Betreuungsplätzen und frühe Förderung von Kindern über Bildungs- oder Betreuungsgutscheine machen, ist eine, die wir sehr wohl aufnehmen. Es ist aber zu prüfen - und das wird die Arbeitsgruppe zum Thema Krippenausbau auch tun -, ob es auf Bundesebene wirklich ohne hohen Bürokratieaufwand möglich ist. Wir sollten die Idee aber nicht wegdrücken, sondern einfach gemeinsam prüfen. Das wird in den nächsten 14 Tagen auch passieren.

Spengler: Danke schön. Das war Nicolette Kressl, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag und Familienpolitikerin.